

Die gewerkschaftliche Sicht

Care-Arbeit kann zu Prekariat und Armut führen

Text: Katharina Prelicz-Huber Bilder Schwerpunkt: Luc-François Georgi

Care-Arbeit ist gesellschaftlich unverzichtbar. Viel davon wird unbezahlt geleistet, und die Berufe in diesem Bereich sind oft zu schlecht eingestuft und entlohnt, speziell bei Care-Migrantinnen. Betroffen sind vor allem Frauen. Zukünftig braucht es mehr öffentliche Investitionen in den professionellen Care-Bereich.

Care-Arbeit, verstanden als die Betreuungs-, Pflege- und Hausarbeit, welche sich – bezahlt oder unbezahlt – um die körperlichen, psychischen, emotionalen und entwicklungsbezogenen Bedürfnisse eines oder mehrerer Menschen kümmert,¹ ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit. Ohne diese Arbeit ist der Mensch, ist eine Gesellschaft nicht funktionsfähig. Ein Teil der Care-Arbeit wird in Spitälern, Pflegeheimen, Spitex-Diensten oder Kitas etc. professionell geleistet, ein grosser Teil aber unbezahlt im familiären Umfeld.

Skandalöse Geringschätzung der privaten Care-Arbeit

Eine Gesellschaft ist ohne Pflege nicht überlebensfähig. Kinder brauchen Betreuung, Erziehung und Förderung. Der Haushalt muss gemanagt werden. Menschen werden krank – vielleicht vorübergehend, vielleicht sogar dauerhaft. Im Alter lassen die Kräfte nach. Je älter wir werden, desto häufiger sind wir auf Hilfe angewiesen. Umso skandalöser ist es, wie wenig Wertschätzung die Care-Arbeit erfährt.

Als Arbeit zählt nur, was bezahlt wird. Unbezahlte **Haushaltarbeiten**, Erziehung und Betreuung zuhause gelten nichts. Und trotz gesetzlicher Gleichstellung der Geschlechter zeigt sich noch heute eine ungerechte Verteilung dieser «Nicht-Arbeit». Sie wird vor allem von Frauen geleistet: Der Anteil an der unbezahlten (mehrheitlich Care-) Arbeit betrug 2013 stolze 62 Prozent; 2,1 Milliarden Stunden allein für Kinderbetreuung. Männer leisteten dagegen 62 Prozent der bezahlten Erwerbsarbeit. Für die unbezahlte Arbeit wurden 8,7 Milliarden Stunden aufgewendet; für die bezahlte 7,7 Milliarden Stunden, also 14 Prozent weniger (SAKE BFS).

Heute sind immer mehr Frauen erwerbstätig; das Care-Problem müssen trotzdem viele individuell lösen. Weil sie sich verantwortlich fühlen, nehmen sie nur eine Teilzeit-Anstellung an. Die negativen Auswirkungen zeigen sich bereits im Berufsleben mit Einbussen bei Lohn und Karri-

ere und niedrigeren Renten im Alter. Das kann neben Doppel- und Dreifachbelastungen mit Familie, Beruf und Sozialleben schnell in die Prekarität oder zu Armut führen, vor allem bei Alleinerziehenden.

Professionelle Care-Arbeit

Mit dem Ausbau der Erwerbstätigkeit können und wollen Frauen weniger Zeit für die unbezahlte Arbeit zuhause aufwenden. Care-Arbeit wird deshalb vermehrt auf private oder – falls vorhanden – öffentliche Pflege- und Betreuungseinrichtungen (Spitäler, Heim, Kitas) übertragen. Kinderbetreuung, Pflege und Hauswirtschaft sind auch auf dem Arbeitsmarkt traditionelle Frauenberufe. Im Ge-

Der VPOD muss immer wieder Menschen beraten, die in unwürdigsten Verhältnissen arbeiten

sundheitsbereich beträgt der Frauenanteil 72 Prozent, und in den Spitälern ist je nach Sparte weit über 80 Prozent des Personals weiblich. In Kindergärten und Kitas zeigt sich ein ähnliches Bild. Im Vergleich zu technischen Berufen sind viele dieser Tätigkeiten nach wie vor zu schlecht bezahlt. Einzelne Erfolge konnte der VPOD in der Sozialen Arbeit oder beim öffentlich angestellten Pflegepersonal erreichen. In der privaten Pflege und Kinderbetreuung oder in der Hauswirtschaft besteht aber weiterhin grosser Handlungsbedarf.

Missliche Arbeitsbedingungen

Die Situation verschärft die ungleiche Verteilung zwischen Reich und Arm. Betagte, die es sich leisten können, stellen Care-Migrantinnen im privaten Haushalt an, meist vermittelt durch eine private Firma – oft zu äusserst unwürdigen und prekären Bedingungen. Man geht von etwa 10 000 MigrantInnen aus, die in der Schweiz als 24-Std-Betreuerinnen in der Alterspflege arbeiten. Nicht eingerechnet ist hier die hohe Zahl der SchwarzarbeiterInnen in den Privathaushalten. Der VPOD rief deshalb 2013 das Projekt «Respekt» ins Leben, um den Care-Migrantinnen in der 24-Std-Betreuung und den prekär Beschäftigten bei den profitorientierten Spitex-Unternehmen eine Stimme zu geben und gegen Ausbeutung im privaten Care-Sektor vorzugehen.

Die 24-Std-Betreuung ist heute nicht einheitlich geregelt. Immerhin schreibt der Normalarbeitsvertrag des Bundes für die Hauswirtschaft seit Januar 2011 landesweit verbindliche Mindestlöhne vor. Diese wurden auf den 1. Januar 2017 um knapp 2 Prozent erhöht, liegen aber immer noch unter CHF 20.00 pro Stunde. Ob diese ohnehin tiefen Löhne eingehalten werden, ist längst nicht sicher. Der VPOD muss immer wieder Menschen beraten, die in unwürdigsten Verhältnissen arbeiten. Dank unseren Klagen wurden einige Arbeitgeber zu hohen Nachzahlungen an

Katharina Prelicz-Huber, Professorin FH für Soziale Arbeit, ist Präsidentin der Gewerkschaft VPOD (Verband Personal öffentlicher Dienste)



die Betreuerinnen gezwungen. Es genügt aber nicht, Einzelfälle aufzudecken, sondern es braucht grundsätzliche Lösungen für das Problem.

Äusserst prekär und in völliger Unsicherheit leben Sans-Papiers – Leute, die zwar eine Arbeit haben, aber keine Arbeitsbewilligung. Das Staatssekretariat für Migration geht in einer Studie aus dem Jahr 2015 von 76 000 betroffenen Menschen aus. Ein Grossteil davon arbeitet in der Care-Arbeit in privaten Haushalten. Sie haben meist schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen, leben versteckt, unauffällig und in dauernder Angst, entdeckt und damit ausgewiesen zu werden.

Blick in die Zukunft – unsere Forderungen

Schauen wir in die Zukunft, müssten bedarfsgerecht öffentlich finanzierte Care-Leistungen ausgebaut werden – zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, weil wir älter werden und die Bevölkerung wirtschaftspolitisch gewollt wächst. Stattdessen werden seit Jahren von den Bürgerlichen Sparpakete auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene durchgedrückt. Gerade Pflege- und Betreuungsinstitutionen, Spitäler, Heime, Spitex-Dienste und Kitas sind vom Abbau betroffen, was oft neben weniger Leistung eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit sich bringt.

Care-Arbeit widersetzt sich der Markt- und Effizienzlogik. Man kann nicht immer schneller und effizienter pflegen und betreuen. Care-Arbeit, ob bezahlt oder unbezahlt, muss aufgewertet werden und in die wirtschaftspoliti-

Ein Grossteil der Sans-Papiers arbeitet in der Care-Arbeit in privaten Haushalten

schen Überlegungen einfließen. Sie ist gesellschaftlich unverzichtbar und darf nicht zu prekären Arbeitsbedingungen oder Armut führen.

Wer unbezahlte Care-Arbeit leistet, ob Frau oder Mann, darf auf dem Arbeitsmarkt, bei den Arbeitsbedingungen, dem Lohn, der Karriere, in den Sozialversicherungen und

im Arbeitsrecht nicht benachteiligt werden. Das vergrössert die Wahlmöglichkeiten für alle.

Bezahlte und unbezahlte Arbeit muss gerechter, möglichst paritätisch zwischen Frauen und Männern aufgeteilt werden. Es gibt heute immer mehr Väter, die ihre Kinder miteziehen wollen. Auch sie stossen auf Hindernisse in der Arbeitswelt. Nötig sind familien-kompatible Arbeitsbedingungen und eine Reduktion der Wochenarbeitszeit. Jede Person muss mit vollem Pensum Betreuungsarbeiten und andere gesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen können. Eine wichtige Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Erwerb und Betreuungsaufgaben – sei es mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen – sind bedarfsgerechte, zeitlich flexible Betreuungsangebote. Eine hohe Qualität der externen Angebote ist dabei ebenfalls wichtig, um emotional wirklich entlastet zu sein.

Die Arbeiten im Care-Bereich müssen aufgewertet werden und bessere Löhne generieren. Care-MigrantInnen müssen geschützt und die Arbeit in Privathaushalten muss dem Arbeitsgesetz unterstellt werden. Der Aufenthalts- und Arbeitsstatus von Sans-Papiers ist zu regularisieren und ihre unwürdige Situation zu beenden.

Investitionen zahlen sich aus

Care-Arbeit ist Teil des Service Public. Bund, Kantone und Gemeinden müssen Geld bereitstellen und in diesen Sektor investieren. Studien zeigen, dass sich das lohnt. Eine Analyse, die der Internationale Gewerkschaftsbund ITUC in verschiedenen Ländern durchgeführt hat, kommt zum Schluss, dass sich Investitionen in den bezahlten Care-Sektor auch volkswirtschaftlich lohnen.² Anhand von Modellrechnungen zeigen die StudienautorInnen, dass Investitionen in die Versorgung und Betreuung von Kindern sowie pflegebedürftiger Erwachsener und in die Bildung das wirkungsvollste Instrument sind, um Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn in den sieben untersuchten OECD-Ländern zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Care-Sektor investiert würden, hätte dies neben neuen Arbeitsplätzen im Care-Bereich auch einen Stellenanstieg bei Zulieferern sowie in weiteren Sektoren zur Folge. Das daraus resultierende Beschäftigungswachstum von 2.4 bis 6.1 Prozent ist sogar höher als bei Investitionen derselben Höhe in den Bausektor, die zwischen 1.6 und 3.8 Prozente neue Arbeitsplätze zur Folge hätten.

Es braucht öffentliche Investitionen in den Care-Sektor statt Steuersenkungen, Sparhysterie, Privatisierung und Deregulierung. Diese verschärfen Ungleichheit, schaden der Wirtschaft und treffen die Gesundheit, die Bildung und das Soziale. Damit verschiebt sich die bezahlte in den Bereich der unbezahlten Arbeit, auf dem Rücken der Frauen. Das muss verhindert werden. █

Fussnoten

1 Siehe Anerkennung und Aufwertung von Care-Arbeit, Impulse aus Sicht der Gleichstellung, Eidg. Büro für Gleichstellung EBG, 2010

2 <http://www.ituc-csi.org/investing-in-the-care-economy-a?lang=en>

